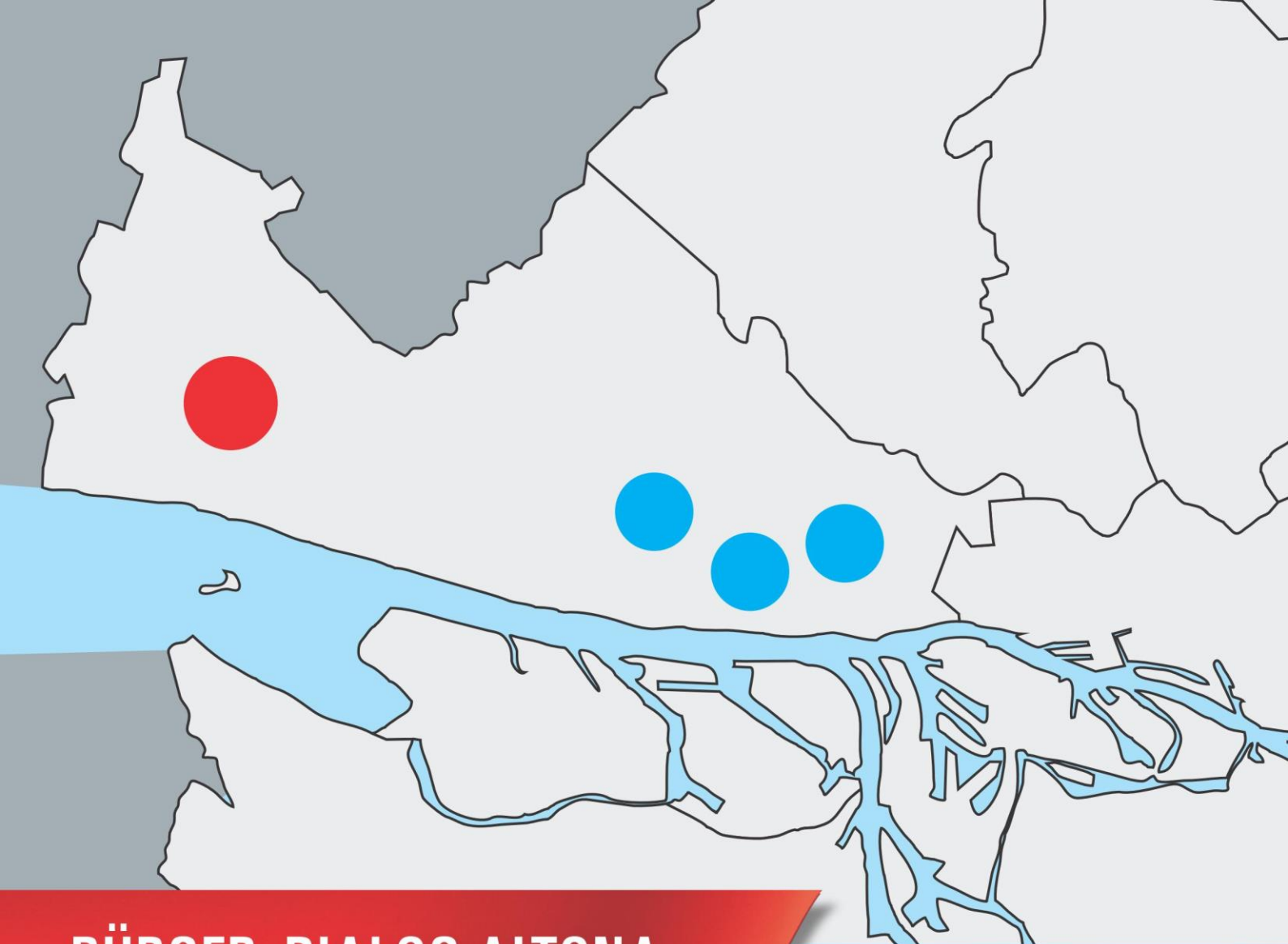




BÜRGER-DIALOG ALTONA

Wohnraum für Geflüchtete

Dokumentation der Veranstaltung „Quartier Rissen/Suurheid:
Bilanz und Ausblick“ am 19.4.2016



Hamburg | Bezirksamt
Altona

Inhalt

1. Hintergrund	5
2. (Vorläufige) Abschlussveranstaltung zum Quartier Rissen/Suurheid	6
2.1. Begrüßung	6
2.2. Bilanz und Ausblick.....	8

Plenum in der Aula der Schule Iserburg



1. Hintergrund

Im vergangenen Jahr nahm Hamburg über 22.000 geflüchtete Menschen auf. Aufgrund der rasant steigenden Zahlen im Verlauf des vergangenen Jahres wurden in Zelten, leerstehenden Baumärkten und Bürogebäuden improvisierte Notunterkünfte geschaffen. Gegenwärtig leben noch etwa 7.000 Männer, Frauen und Kinder in diesen provisorischen Unterbringungen. Dies soll keine Dauerlösung sein. Niemand soll auf der Straße übernachten. Daher hat der Hamburger Senat im Herbst des Jahres 2015 beschlossen, insgesamt 5.600 Wohnungen im Standard des geförderten Wohnungsbaus für die öffentlich-rechtliche Unterbringung von Flüchtlingen zu errichten. Diese Wohnungen sollen für einen Zeitraum von mindestens 15 Jahren der sogenannten Folgeunterbringung dienen, d. h., die Bewohnerinnen und Bewohner versorgen sich selbst, wirtschaften selbstständig und gestalten ihren Alltag nach ihren Wünschen. Die Wohnungen sollen bereits Ende 2016 bezugsfertig sein.

Eine Fläche für diesen Wohnungsbau, neben weiteren Flächen in Altona, liegt im Stadtteil Rissen. Das Quartier Suurheid entsteht in unmittelbarer Nähe zu der bestehenden Unterbringung Sieversstücken.

Mit dem Bürger-Dialog „Wohnraum für Geflüchtete“ möchte das Bezirksamt bis zum Sommer 2016 mit der Altonaer Bevölkerung darüber diskutieren, wie der nötige feste Wohnraum für Geflüchtete und das Zusammenleben im Bezirk gestaltet werden können. Es soll die Frage im Mittelpunkt stehen, wie die Integration gelingen kann. Dabei soll erörtert werden, welche Anforderungen an die Infrastruktur bestehen, z. B. an Kita- und Schulversorgung, Familienförderung, offene Kinder- und Jugendarbeit sowie an die Nahversorgung. Daneben soll über die Gestaltung und Nutzung öffentlicher Freiräume sowie die Planung künftiger Wegeverbindungen gesprochen werden. Als Ergebnis des Verfahrens könnte z. B. ein Aktionsplan ausgearbeitet werden.

Der Bürger-Dialog besteht im Kern aus fünf Veranstaltungen und der begleitenden Ausbildung von sog. „Bürgermoderator*innen“. Die Veranstaltungen sind eine Auftaktveranstaltung, drei Fokusgruppen zur Vertiefung von Einzelthemen sowie eine Abschlussveranstaltung. Die „Bürgermoderator*innen“ erhalten eine Moderationsausbildung. Zudem werden ihnen Kenntnisse in Konfliktregelung und der Organisation von Bürgerbeteiligungsveranstaltungen vermittelt.

2. (Vorläufige) Abschlussveranstaltung zum Quartier Rissen/Suurheid

Am Dienstag, den 19. April 2016 fand in der Aula der Schule Iserberg von 17:00 bis ca. 20:00 Uhr ein Info-Markt und eine Zwischenbilanz zum bisherigen Verfahren sowie einem Ausblick zum weiteren Vorgehen zum Quartier Suurheid statt. Circa 120 Teilnehmer*innen informierten sich über die Ergebnisse der vorangegangenen drei Fokusgruppen (Protokoll s. online auf der Projektseite) und deren Weiterbearbeitung. Gemeinsam wurde über das weitere Vorgehen gesprochen. Es bildeten sich vier Arbeitsgruppen

2.1. Begrüßung

Herr Birzer begrüßt die Anwesenden. Er freue sich über die rege Teilnahme. Man habe versucht, die Veranstaltung wieder breit zu bewerben, daher habe es eine Pressemitteilung, zahlreiche Plakate und Einladungen per E-Mail gegeben.

Eigentlich handele es sich weniger um eine – wie angekündigt – Abschlussveranstaltung, als eher um eine Zwischenveranstaltung.

Das Bezirksamt wolle Revue passieren lassen, was bisher erarbeitet worden sei, wie mit den Ergebnissen umgegangen wird und wer für welche Themen zuständig sei. Frau Dr. Melzer, Herr Gerdemann und Frau Buchholz würden dazu heute Auskunft geben. Danach wäre Zeit für Rückfragen und Diskussion. Gemeinsam wolle man auch darüber sprechen, wie es weiter gehe. Viele Themen würden seitens der Verwaltung und anderen öffentlichen Trägern etc. bearbeitet werden, bei manchen Themen sehe man aber auch die Zivilgesellschaft als Bearbeiter. Man wolle daher die Anwesenden gewinnen, verschiedene Themen weiter zu bearbeiten.

Um die Zusammensetzung der Teilnehmenden zu ermitteln, führt Herr Birzer ein sog. „Aufstehsoziogramm“ durch. Dabei stellt er eine Frage. Wenn diese von den Teilnehmenden mit „Ja“ beantwortet werden könne, bittet er diese aufzustehen.

Er fragt danach,

- wer bei allen öffentlichen Veranstaltungen gewesen sei: circa 10 Personen,
- wer bei den einzelnen Fokusgruppen gewesen sei: jeweils circa 20-25 Personen

- wer zum ersten Mal bei einer Veranstaltung zu dem Thema anwesend sei: 14 Personen.

Online finde man unter <http://www.hamburg.de/altona/buergerdialog-fluechtlingswohnen> die Protokolle der vergangenen Veranstaltungen. Bei den Protokollen bestehe die Schwierigkeit, einen Kompromiss zu finden zwischen einem ausführlichen Protokoll, welches alle Details aufnehme und einem, welches einen geringen Umfang habe und schnell lesbar sei. Man habe sich für die ausführlichere Variante entschieden, damit diejenigen, die einer Veranstaltung nicht beiwohnen konnten, die Details nachlesen könnten.

Frau Dr. Melzer (Bezirksamtsleiterin Altona)

begrüßt die Anwesenden. Es sei für sie sehr erfreulich zu sehen, dass viele sich engagierten. Dafür möchte sie sich sehr bedanken. Die Anwesenden hätten bei den Workshops die Schaffung von 400 Wohnungen für Geflüchtete sowie 200 für anderweitige Wohnnutzungen wochenlang erörtert.



Bezirksamtsleiterin Frau Dr. Melzer

Es gebe immer noch Menschen, die von 800 Wohnungen für Geflüchtete im Quartier Rissen/Suurheid sprächen. Eine Kleine Anfrage an den Senat, die auch auf die drei weiteren Standorte in Rissen eingegangen sei, habe erge-

ben, dass es bei 400 Wohnungen für Geflüchtete in Rissen bleibe. Dazu kämen 200 Wohnungen für Nicht-Geflüchtete.

Ein Bürgerbegehren, das im Bezirk Altona in dieser Frage eingegangen sei, sei wegen Unzulässigkeit abgewiesen worden.

In den bisherigen vier Veranstaltungen sei diskutiert worden, wie das Zusammenleben gestaltet werden könne. Die Ergebnisse seien von den Kolleg*innen im Haus zusammengetragen und hinsichtlich des weiteren Umgangs mit ihnen bewertet worden. Heute Abend wolle man einen Zwischenstand präsentieren, was aus den Anregungen geworden sei.

Ehrenamtlich Engagierte würden die weitere Bearbeitung mit vorantreiben. Das sei hilfreich und gut und sie wolle sich bei allen bedanken, die sich engagieren. Das Thema Stadtteilmanagement werde Frau Buchholz vorstellen, denn es brauche für das Ehrenamt auch Hauptamtliche, die koordinierend die Arbeit der Ehrenamtlichen unterstützen.

Insgesamt habe es bei den bisherigen vier Veranstaltungen schon viele Ergebnisse gegeben. Sie sei froh über die rege Beteiligung, die einen Austausch der verschiedenen Auffassungen ermögliche. Sie bedankt sich für das große Interesse und Engagement.

2.2. Bilanz und Ausblick

Herr Gerdemann (Dezernent für Wirtschaft, Bauen und Umwelt im Bezirk Altona) stellt die Ergebnisse und den Umgang mit diesen zum Thema Stadtentwicklung und Verkehr vor.

Der Bau von Flüchtlingsunterkünften sei eine nicht ganz einfache Aufgabe in seiner Berufsbiographie. Frau Dr. Melzer habe die Zahlen für das Quartier Suurheid dargestellt. Das sei die Ausgangslage, mit der geplant würde. Dazu gebe es aber unterschiedliche Einschätzungen und Meinungen.

Die erste Fokusgruppe habe sich daher eher mit einer grundsätzlichen Diskussion über die Zahlen beschäftigt. Allen sei bekannt, dass es eine Initiative in Rissen und einen Dachverband von Initiativen in Hamburg gebe, die eher eine Deckelung der Zahlen befürworten würden. Diese hätten die erste Fokusgruppe dazu genutzt, um ihre Argumente vorzubringen. Man sei daher nicht in die Detailarbeit gegangen. Trotzdem halte er die Veranstaltung für sehr hilfreich, da die gegenseitigen Positionen ausgetauscht worden seien.



Baudezernent Johannes Gerdelmann

Es seien Fragen gestellt worden, ob es zu viele Flüchtlinge an diesem Ort seien oder ob es zu viele Wohnungen insgesamt seien. Man müsse das richtige Maß finden, sei gesagt worden. Auch die Frage nach einer höheren Bebauung sei diskutiert worden. Die vorhandenen Rahmenbedingungen und die Naturstruktur sollten aufrecht erhalten bleiben.

Er könne sagen, dass die Grundstruktur des Entwurfs beibehalten werde, es aber eine Erhöhung der Geschosse gebe. Es gebe daneben aber weitere Effekte, die zu einer höheren Zahl an Wohneinheiten führten, denn die Wohnungen würden nun kleiner geplant werden, die Anzahl der Wohnungen sei daher kein Indikator für die Zahl der Menschen insgesamt. Die Diskussion sei intern jedoch noch nicht ganz zum Abschluss gebracht.

Mit zwei Grundstücksverfügbarkeiten werde momentan geplant. Das Grundstück der ehemaligen Schwesternwohnheime könne schnell in die Realisierung gehen, da es sich nah an den Vorgaben des Bebauungsplans orientiert. Die Teilnehmenden der ersten Fokusgruppe habe dies grundsätzlich für akzeptabel gehalten. Es seien Bebauungstypen geplant, die ähnlich schon realisiert worden seien (s. Darstellung in der Präsentation). Hinsichtlich des anderen Grundstücks befinde sich die Stadt noch in einer Verhandlungssituation

mit der BIMA. Dort könnten unterschiedliche Haustypen realisiert werden, Reihenhäuser im Randbereich nach Westen könnten einen Übergang zur Bestandsbebauung bilden. Es werde auch Haustypen mit vier Geschossen geben.

Auch das Thema Freiraumgestaltung sei angeboten, jedoch nicht so intensiv besprochen worden. Vielleicht sei dies noch zu früh. Die Potentiale könnten aber auch noch später entwickelt werden. Der Fokus liege noch auf anderen Themen. Auf Basis dieses B-Plans werde es eine Errichtung von 600 Wohnungen geben mit einem Verhältnis von 400 zu 200 (Unterbringungen von Geflüchteten zu Unterbringung von Nicht-Geflüchteten).

Auch die Verhandlungen mit fördern & wohnen müssten noch zu Ende geführt werden. Es würde beim Bau jedoch keine Qualitätsabstriche geben, auch für die Zeit über die Flüchtlingsunterbringung hinaus, sei eine Nutzung attraktiv sein.

Es habe in den Veranstaltungen eine Menge Anregungen gegeben. Das Ende der Diskussion sei aber ja noch nicht erreicht.

Ein weiterer Aspekt sei die verkehrliche Erschließung. Die Leistungsfähigkeit des Straßennetzes sei umfänglich mit den Teilnehmer*innen der Fokusgruppen diskutiert worden.

Der Bahnübergang Sieversstücken und mögliche Anpassungsnotwendigkeiten seien, wie im B-Plan festgehalten, gutachterlich untersucht worden. Bei der Überlegung, dort eine Bahnübergangssteuerungsanlagen (BÜSTRA) einzurichten, müsse das Eisenbahnrecht angewendet werden. Daher gehe es auch um eine Einbindung der Deutschen Bahn AG und weiterer Akteure.

Was wird prognostiziert, wenn durch die Entwicklung des Gebiets mehr Verkehr entsteht? Zu dieser Frage habe es eine systemische verkehrliche Betrachtung gegeben. Wann wird eine synchronisierte Anlage benötigt? Es gebe dazu ein Untersuchungslayout, auf dem deutlich werde, welcher Bereich untersucht worden sei. Dieser beziehe die umliegenden Straßen mit ein. Gestern sei das Gutachten dem Verkehrsausschuss der Bezirksversammlung vorgestellt worden und es soll kurzfristig auch den Anwesenden zur Verfügung gestellt werden.

Eine BÜSTRA erfordere 2 Mio. € für den Umbau. Die Verkehrsleistung des Übergangs werde aber abnehmen, denn es werde aus den zusätzlichen Sicherheitsanforderungen vier Minuten Wartezeit geben, wenn die Verkehrsbelastung so bleibe. Bei Verspätungen der Züge kann sich die Wartezeit auch noch um 1-2 Minuten erhöhen.

Der Verkehr des Krankenhauses fließe nach Osten ab, der Rest nach Westen. Dadurch komme es zu einer zusätzlichen Belastung nach Westen. Beim Bau von 200 zusätzlichen Wohnungen werde es neben den jetzigen ca. 30 Fahrzeugen eine zusätzliche Belastung von ca. 30 Fahrzeugen pro Stunde in den Spitzenstunden prognostiziert. Wenn 600 Wohnungen belegt seien, liege die Belastung bei rund 100 zusätzlichen Fahrzeugen pro Stunde. Der Gutachter habe im Verkehrsausschuss dargelegt, dass eine subjektive Mehrbelastung entstehen werde. Vergleichbares finde in anderen Stadtteilen aber als Grundbelastung statt.

Eine BÜSTRA mit Schließzeit von bis zu fünf Minuten für 2 Mio. € oder eine Abführung eines Teils des Verkehrs nach Westen seien zwei Optionen. Der Bau einer Brücke werde damit verglichen. Diese würde 8-10 Mio. € kosten und habe den notwendigen Nebeneffekt, dass der Übergang Sieversstücken aufgehoben werden würde und eine Verbindung zu Fuß und mit dem Fahrrad entfalle.

Das Gutachten werde bald veröffentlicht. Die gestrige Diskussion im Ausschuss habe sich dadurch ausgezeichnet, dass nach relativ langer Zeit wieder eine rationale Diskussionsgrundlage für die Verkehrsplanung zur Verfügung stehe. Eine endgültige Entscheidung sei noch nicht getroffen, eine sachliche Diskussion sei gefordert. Die anderen angebotenen Themen seien nicht als so vordringlich empfunden worden wie das Thema Verkehr.

Frau Buchholz (Dezernentin für Soziales, Jugend und Gesundheit im Bezirkssamt Altona) habe sich ebenfalls über die rege Teilnahme bei der Fokusgruppe 2 (Wege zur Integration) gefreut. Es habe einen intensiven Dialog gegeben, dafür bedanke sie sich. Es sei die Frage gestellt worden, was zur Integration dazu gehöre, was man brauche. Ihr sei dabei deutlich geworden, dass ein großer Informationsbedarf bestehe. Noch befinde man sich aber in einem frühen Stadium, sodass Vieles noch nicht feststehe. Man wisse daher noch nicht konkret, wie viele Bewohner kommen werden, welche Religionen werden vertreten sein werden, welches Geschlecht sie haben etc.

Auch stehe noch nicht fest, wie groß die Haushalts- und Personalressourcen seien, wie die Infrastruktur aussehe und wie das Ehrenamt geregelt sei. Sie bedankt sich dennoch für das große Interesse. Es stelle sich nun die Frage, wie Angebot und Bedarf zusammengeführt werden und welche Formate sinnvoll sind.

Frau Buchholz zeigt aktuelle Zahlen zum Flüchtlingszuzug (Folie 17 der Präsentation) In Erstaufnahmeeinrichtungen gebe es momentan 15.000 Menschen und in Folgeeinrichtungen 18.000 Menschen, die unterzubringen seien.

Die Menschen kämen vor allem aus Syrien und Afghanistan (s. Folie 18). Die Verteilung auf die Stadtteile von Altona zeige, dass Rissen bei den Zahlen an dritter Stelle liege (s. Folie 19). Die Zahlen seien aber nur eine Momentaufnahme, weil Mietverträge ausliefen und andere Unterkünfte hinzukämen.

Weiter fortgeschritten sei man bei der Planung des Stadtteilmanagements. Dieses soll es hoffentlich ab Sommer geben. Die Ausschreibung sei in Vorbereitung. Man plane derzeit für die nächsten zwei Jahre. Dies hänge damit zusammen, dass man dann nicht europaweit ausschreiben müsse. Das heiße aber nicht, dass es das Stadtteilmanagement nur zwei Jahre gebe. Man werde nach den zwei Jahren neu ausschreiben.

Das Wichtigste sei, dass es schnell losgehe. Der Aufbau sozialer Strukturen und Ermittlung von Bedürfnissen etc seien Aufgaben des Managements (s. Folie 21).



Sozialdezernentin Imogen Buchholz

Ein wichtiges Thema sei Gesundheit gewesen. Reichen die vorhandenen Kapazitäten aus bei insgesamt 2.000 Flüchtlingen und weiteren 500 Bewohnern, sei gefragt worden. Die Zulassung von Praxen regelt aber die Kassenärztliche Vereinigung (KVH). Hamburg habe insgesamt eher eine medizinische Über-

versorgung. Die kassenärztliche Vereinigung betrachte bei der Versorgung ganz Hamburg als ein Gebiet, speziell für Rissen gebe es nur Zahlen des Bezirksamtes. Man sehe eine Unterversorgung bei den Kinderärzten und den Hebammen. Man werde Kontakt zu der KVH aufnehmen und versuchen, die Versorgung zu verbessern.

Das Gesundheitsamt werde darüber hinaus eine Infoveranstaltung für niedergelassene Ärzte zum Thema „Umgang mit Geflüchteten“ geben.

Das Thema Aufklärung und Schwangerschaftsverhütung werde zunächst in der Schule vermittelt. Auch hierfür werde es Angebote von Beratungsstellen geben. Präventive Gesundheitsangebote seien geplant, auch in den Schulen.

Zum Thema Traumatisierung gebe es bereits Fortbildungsangebote für Ehrenamtliche und Hauptamtliche. Professionelle Behandlung biete das Klinikum Rissen an.

Es gebe auch Räume, die als Treffpunkte und zur Förderung der Flüchtlinge hergerichtet würden.

Das Jugendzentrum solle stärker unterstützt werden. Ein Jugendkongress im Herbst 2016 werde unterstützt von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung. Erste Vorgespräche seien geführt worden. Für die Verbesserung von Freizeitangeboten habe Altona 160.000 € erhalten, davon rund 15.000 € für Rissen.

Sobald die Sprechstunden der Mütterberatung in den Zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen nicht mehr benötigt würden, sei eine Verlagerung an andere Stellen, wie Rissen, vorstellbar.

Die Bildung eines Beirates mit Mitgliedern der Rissener Runde werde angestrebt. Erfahrungen aus anderen Standorten sollen miteinbezogen werden. Bei der Förderung von Nachbarschaften und der Planung gemeinsamer Feste könne das Ehrenamt sich betätigen.

Zum Thema Erwerbstätigkeit habe es letzte Woche einen Austausch des Dezernats mit der Agentur für Arbeit gegeben. Die Sprachbarriere sei ein Problem, um das sich nun gekümmert werden könne. Bislang habe die Unterbringung noch im Vordergrund gestanden. Momentan gebe es noch zu wenige Deutschkurse. Möglicherweise könne auch hier das Ehrenamt unterstützen.

Das Thema Kultur sei angesprochen worden und die Hamburger Kulturstiftung könne möglicherweise finanziell unterstützen.

Die Versorgung mit Kita- und Schulplätzen sei auch als Sorge geäußert worden. 60 Prozent der Flüchtlinge seien Familien, 40 Prozent Alleinstehende (s. Folie 34). Alle Träger hätten bekundet, ein bis zwei Flüchtlingskinder pro Gruppe aufnehmen zu wollen. 15 Prozent seien Kita-Kinder, 15 Prozent Schulkinder. Die Schulbehörde passe die Planung an. 45 Minuten Schulweg seien die maximale Zeit, die den Kindern zugemutet werde.

Herr Birzer

Nun sei Zeit für Rückfragen und Anmerkungen. Bei den Fokusgruppen habe es über 200 Anregungen gegeben. Dies seien die wichtigsten Inhalte gewesen, aber auch der Rest werde weiter behandelt.

Person aus dem Plenum

Es sei gesagt worden, dass es keine öffentlich-rechtliche Unterkunft gebe, sondern geförderten Wohnungsbau. Das wolle sie gerne besser verstehen. Warum wird die Brücke nun nicht mehr für sinnvoll gehalten?

Herr Gerdemann

Es handele sich um eine öffentlich-rechtliche Unterbringung, aber in einer Wohnbauweise, die nicht provisorisch sei. Es werde ganz normaler Wohnungsbau errichtet.

Die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit der Brücke sei untersucht worden. Es sei die teuerste Lösung, aber die Stadt habe die Verkehrsnachfrage untersucht sowie Alternativen ausgelotet, u. a. die BÜSTRA. Schwächen und Stärken der verschiedenen Modelle seien abgewogen worden, insbesondere die Auswirkungen auf den Verkehrsfluss.

Meldung aus dem Plenum

Es sei seit 1939 Rissener. Die Verkehrserschließung im ursprünglichen Bebauungsplan sage, dass nach Westen nur Verkehr mit Bussen stattfinden solle. Bei der Brücke habe man ursprünglich von 4 Mio. € Kosten gesprochen, 2015 von 6 Mio. € Kosten. Nun stünden 8-10 Mio. € im Raum. Woher komme diese Summe?

Frage aus dem Plenum

Wie sieht es mit einer besseren Taktung der S-Bahn aus?

Person aus dem Plenum

Wer hat das Gutachten erstellt?

Frage aus dem Plenum

Wurden die Sportplätze im Gutachten mit einbezogen? Dadurch gebe es auch mehr Verkehr.

Meldung aus dem Plenum

Er sei gestern im Verkehrsausschuss gewesen. Der Verkehr von den Sportplätzen sei nicht eingeflossen, auch nicht der von einem weiteren Wohngebiet. Favorisiert worden sei die Lösung, nur die Schranken beizubehalten. Die Philosophie sei, Durchgangsverkehr zu vermeiden und den Verkehrsabfluss nach Westen zu leiten. Herr Gerdemann sage, die Diskussion werde fortgeführt, aber gestern sei die Brücke von vielen favorisiert worden, dennoch habe der Gutachter dagegen argumentiert.

Herr Gerdemann

Das Gutachten sei beauftragt von der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation. Die Kreuzung mit dem Bahnverkehr und Infrastrukturfragen sollten kompetent beantwortet werden. Daher habe man ein entsprechendes Büro ausgewählt, das dies könne.

Eine Untersuchung von Alternativen müsse vorgenommen werden. Es gehe nicht um eine subjektive Einschätzungen, sondern um die Untersuchung der BÜSTRA. So sind die Sachverhalte hinsichtlich der Störzeiten in 2011 noch nicht bekannt gewesen. Orientiert sich die Verkehrslenkung an technischen Zwangspunkten oder an subjektiven Befindlichkeiten? Diese Frage könne nun gebe auf einer sachlicheren Grundlage durch das Gutachten beantwortet werden. Das Thema Sportverkehr sei nicht Grundlage der systemische Betrachtung geworden, sondern nur die neue Bebauung. Ggf. müsse das nachgearbeitet werden. Die S-Bahn-Taktung sei nicht Gegenstand des Gutachtens gewesen.

Person aus dem Plenum

Es sei den Bürgern schwer vermittelbar, dass in der HafenCity 27 Mio. € für vorübergehende Container ausgegeben würden, aber hier nicht einige Mio. € für eine bessere Infrastruktur ausgegeben würden. Es seien die gleichen Dinge heute Abend besprochen worden, wie das, was schon seit Monaten Thema sei. Man erfahre nichts Neues und das sei auch nicht gewollt. Es gebe eine Anweisung des Senats, die Planung durchzusetzen. Dies setze man im Bezirk um.

Herr Gerdemann

27 Mio. € als Vergleichssumme ohne nähere Einzelheiten zu nennen, sei zu pauschal und helfe in der Diskussion nicht weiter. Es werde keine Entscheidung heute fallen, ebenso wie dies gestern nicht der Fall gewesen sei. Die Entscheidung des Senats vom 05.04.2016 habe keine Beschleunigung zur Folge.

Frage aus dem Plenum

Wie ist die Situation der Senioren? Kitas und Schulen seien behandelt worden, aber auch für ältere Menschen müsse eine Versorgung sichergestellt sein.

Frau Buchholz

Es gebe wenige Senioren unter den Flüchtlingen. Hinsichtlich der Art der Wohnform sei das Bezirksamt für alles offen. Wenn es keine andere Möglichkeit gebe, werde immer zunächst eine öffentlich-rechtliche Unterbringung erforderlich. Ein Treffpunkt der Senioren in Rissen werde neu gebaut. Der Betreiber ASB zeige sich offen und werde auch hier ein gemeinsames Vorgehen anregen.

Meldung aus dem Plenum

Wenn 27 Mio. € für die HafenCity zu pauschal seien, stimme es denn, dass ein Kilometer Veloroute 700.000 € kostet?

Herr Gerdelmann

Er könne das nicht bestätigen. Eine allgemeine Diskussion über Kosten anderer Projekte sei hier wenig hilfreich.

Person aus dem Plenum

Wenn ein Investor komme, der Bauen wolle, sei die Brücke dann immer noch ausgeschlossen?

Herr Gerdelmann

Der Eigentümer werde unter den gegebenen Voraussetzungen bauen müssen, auch ohne Brücke.

Frage aus dem Plenum

In welchem Umkreis werden Kita und Schulen liegen?

Frau Buchholz

Eine Kita müsse in zwei Kilometern Umkreis liegen, dort gebe es ausreichend Plätze oder sie würden geschaffen. Bei den Schulen gebe es 200 - 250 Kinder insgesamt, also 20-25 pro Jahrgangsstufe. (Diese Zahl ist aufgrund eines Rechenfehlers zu korrigieren: Es sind ca. 300 Kinder insgesamt, also ca. 30 pro Jahrgangsstufe.) Die Schulbehörde habe gesagt, für Grundschüler stünden ausreichend Plätze in Rissen zur Verfügung. Bei den weiterführenden Schulen gelte für alle Hamburger Kinder ein Schulweg von 45 Minuten als zumutbar, unter dieser Voraussetzung könnten die neu hinzukommenden Schüler alle versorgt werden.

Anmerkung aus dem Plenum

Er begrüßt, dass es sich nur um ein Zwischenresümee handle. Wer kann sich auf den Stadtteilmanagementposten bewerben?

Frau Buchholz

Üblicherweise bewerben sich Träger oder gemeinnützige Stiftungen. Teilweise sei dann oft bereits eine konkrete Person für den Posten vorgesehen, manchmal werde die Position erst ausgeschrieben. Es könne sich auch eine Einzelperson bewerben oder das Diakonische Werk wie in Osdorf. Eine gewisse Professionalität sei erforderlich, ebenso wie fachliche Expertise.

Person aus dem Plenum

Sie sei Anwohnerin in Rissen und wohne ganz in der Nähe. Die Belastung sei groß, auch wegen des Grundstücks Sieversstücken. Sie habe noch keine Vorstellung davon, wie das Ganze aussehen solle. Es werde keine schöne Atmosphäre entstehen. In Blankenese dürfe man am Wochenende nicht mal Auto fahren. Rissen habe keine Stimme. Die Menschen würden zum Sportplatz immer mehr Schleichwege nutzen. Sie sei zum vierten Mal hier. Was passiert mit der Straße? Es gebe nur zwei Wege in dieses Gebiet für Schulkinder und Polizei.

Herr Gerdelmann

In einer Fokusgruppe und im Gutachten seien die Straßen betrachtet worden. Momentan seien die Straßen für die Aufgaben nicht gerüstet. Der Marschweg sei nicht für Schulkinder geeignet. Das vorgelegte Gutachten sei noch keine Erschließungsplanung, sondern bislang nur eine Untersuchung, ob die Verkehrsvoraussetzungen grundsätzlich für mehr Verkehr geeignet seien. Der notwendige Ausbau der unterschiedlichen Straßen müsse in einem nächsten Schritt erfolgen.

Herr Birzer

Er wolle nun vorstellen, wie es weitergehe: Zum einen werde eine Ausbildung von Bürgermoderator*innen angestrebt, um selbstständige Moderationen von Veranstaltungen zu ermöglichen. In Altona sollten ca. 25 Personen ausgebildet werden (s. Folie 38). Dafür könne man sich jetzt schon bewerben. Die Finanzierung stehe jedoch noch nicht ganz fest. Möglicherweise werde es eine solche Ausbildung auch in anderen Bezirken geben, Bergedorf kümmere sich zurzeit um eine Finanzierung. Das Projekt werde auch in den weiteren Veranstaltungen vorgestellt.

Zum anderen habe die Vorstellung der Themen und den Umgang mit diesen gezeigt, dass das Bezirksamt und einige andere Stellen einige Themen über-

nehmen und weiter bearbeiten werde, aber man würde sich erhoffen, dass die Bürger*innen, darunter die Rissener Runde und der Arbeitskreis Integration sich einbringen würden.

Das Bezirksamt habe vier Themengruppen identifiziert, bei denen sie um die Mithilfe bei der Bearbeitung bittet: Gesundheitswesen, Integration, Jugend- und Familienhilfe, Kultur.

Es sollten sich selbstorganisierende Gruppen bilden, die aber eine Unterstützung durch das Bezirksamt erhalten.

Herr Birzer fragt danach, wer sich bei welchem Thema engagieren könne, wird aber durch eine Wortmeldung unterbrochen.

Meldung aus dem Plenum

Er sei fassungslos. Die Fokusgruppen hätten im Open-Space-Format stattgefunden. Es stehe fest, dass 2.000 Flüchtlinge nach Rissen kommen würden. Er habe sich gewünscht, dass Fachleute mit Bürgern diskutiert hätten. Aber nun werde alles in die Hand der Bürger gegeben. 15.000 € seien das einzige, was für Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung gestellt werde. Es werde nun zur Tagesordnung übergegangen. Das könne es nicht sein.

Herr Gerdemann

Es sei keine gute Öffentlichkeitsarbeit und kein guter Umgang mit den Bürger*innen, wenn Versprechen gemacht würden, die nicht eingehalten werden könnten. Man habe gezeigt, dass man sich vieler Themen annehmen würde. Es könnten im Rahmen einer solchen Veranstaltung keine Entscheidungen getroffen werden und dies dürfe daher nicht in Aussicht gestellt werden. Die Themen, bei denen noch Spielräume bestünden, würden diskutiert. Dies meine man ehrlich. Alles andere sei keine gute Bürgerbeteiligung sondern Bürgerverarschung.

Frau Buchholz

Wie Sie gesehen haben, bringen wir nicht einseitig Prozesse voran und entscheiden, sondern es können und werden Themen von Ihnen geäußert. Das sei so gewollt. Man könne aber nicht zu jedem Thema schon abschließend Aussagen machen, da noch nicht alle Dinge geklärt seien.

Man sehe die Arbeitsgruppen auch als Angebot und Möglichkeit. Niemand müsse mitarbeiten. Es gebe aber erfreulicherweise viele, die sich engagieren wollten. Bei Interesse solle bitte mitgestaltet werden.

Frau Dr. Melzer

Zunächst habe es den Vorwurf gegeben, es werde nicht mit den Bürger*innen gesprochen. Im November sei es um das Thema Stadtteilmanagement gegangen. Es gebe einen Rahmen, über den die Bezirksversammlung entschieden habe. Nun gebe es Gespräche über die Bedingungen, die noch zu beeinflussen seien. Das Bezirksamt wolle den Dialog fortführen.

Meldung aus dem Plenum

Es sei intellektuell unredlich, demokratische Grundprinzipien nicht ernst zu nehmen. Der Verein VIN, müsse akzeptieren, dass ihre Argumente nicht von allen geteilt würden.

Herr Birzer

Gibt es Interesse für die Arbeitsgruppen:

- Kultur: 3 Personen
- Gesundheitswesen: 2 Personen
- Jugend und Familie: 2 Meldungen
- Integration: 9 Meldungen.

Er bittet um Austausch an den Stellwänden. Man solle überlegen, wen man noch fragen könne. Pastor Knuth könne ggf. einen Raum für das Thema Integration zur Verfügung stellen. Ein Treffen zu diesem Thema bietet er am 12.5.2016 um 18 Uhr im Gemeindesaal an (notiert auf Infotafel). Heute sollten sich die Betroffenen nur kurz kennenlernen und Kontakte austauschen. Außerdem sollte eine Kontaktperson bestimmt werden. Die Gruppen sollten sich treffen, bis der Stadtteilmanager installiert werde. Es gebe auch Information zu weiteren Standorten, u. a. am 11. Mai in der Elbschule. Er bedankt sich für die Teilnahme.

Herr Gerdemann

Verschiedene Themen würden weiterdiskutiert. Ankündigungen zu verschiedenen Ausschüssen würden über einen Verteiler gesendet.

Frau Dr. Melzer

bedankt sich für die angeregte Diskussion. Das Thema Sport werde vom Rissener Sportverein vorangebracht. Sie hoffe, dass ein weiterer fruchtbarer Dialog stattfinden werde.

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Altona
Platz der Republik 1
22765 Altona